



Bundesministerium für Wirtschaft und Energie • 11019 Berlin

Per E-Mail an:

TEL-ZENTRALE +49 30 18615 0
FAX +49 30 18615 7010
INTERNET www.bmwi.de

BEARBEITET VON [REDACTED]
TEL +49 30 1861 [REDACTED]
FAX +49 30 1861 [REDACTED]
E-MAIL [REDACTED]@bmwi.bund.de
AZ 32700/008#002
DATUM Berlin, 18.07.2017

BETREFF Informationszugang nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG)

BEZUG Ihre Anfrage vom 15. Juni 2017; #21978, #21939, #21950, #21951 #21938 und #21937

Sehr geehrte [REDACTED]

mit E-Mail vom 15.06.2017 haben Sie um die Übermittlung der Stellungnahme vom Offshore-Forum Windenergie, Arbeitsgemeinschaft Offshore-Windenergie e.V. und Offshore-Forum Windenergie GbR zum Entwurf eines Gesetzes eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Strommarktes (StrommarktG), zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des EEG 2014 (sog. Schienenbahn-Novelle), zum Entwurf eines zweiten Gesetzes zu Änderung des EEG 2014 (sog. Härtereienengesetz) und zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung gebeten.

Hierzu ergeht folgende Entscheidung:

1. Ihr Antrag wird abgelehnt.
2. Der Bescheid ergeht gebühren- und auslagenfrei.

Begründung:

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37
10115 Berlin
VERKEHRSANBINDUNG U6 Naturkundemuseum
S-Bahn Berlin Hauptbahnhof

1. Ein Anspruch auf Informationszugang gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 des UIG besteht aus folgenden Gründen nicht:

Die von Ihnen gewünschten Stellungnahmen sind im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nicht vorhanden. Ihr Antrag wird daher in Übereinstimmung mit § 3 Absatz 1 Satz 1 UIG abgelehnt, weil das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie über diese Informationen nicht verfügt.

2. Die Kostenentscheidung beruht auf § 12 Absatz 1 UIG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit Sitz in Bonn und Berlin erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

